



BaFin

Falsche Zeit für Nebengeräusche

Die Umsetzung der im vergangenen Jahr politisch erst einmal zurückgestellte organisatorische Neuordnung der Bankenaufsicht ist auch im ersten Anlauf dieses Jahres wieder gescheitert. Der federführende Finanzausschuss des Deutschen Bundestages konnte sich Ende Januar in dem nicht-öffentlichen Teil seiner 81. Sitzung noch nicht auf eine spruchreife Fassung des gewohnt sperrig klingenden „Aufsichtsstrukturmodernisierungsgesetzes“ einigen. Unabhängig vom Grad des immer noch angemeldeten Beratungsbedarfs und der verbleibenden Differenzen – solches Gerangel dürfte im Übrigen der Suche nach kompetenten Spitzenkräften für die vakanten Aufsichtsposten keineswegs förderlich sein – tut die Berliner Politik von der Sache her derzeit vielleicht gut daran, den BaFin-Umbau nicht gerade in der jetzt auf Hochtouren laufenden Bilanzsaison in Angriff zu nehmen. Denn die anstehenden Bewertungsfragen im Subprime-Geschäft und allen Bereichen mit möglicher Ansteckungsgefahr erfordern dieser Tage von der Bankenaufsicht und der Rechnungslegungsteams der Kreditinstitute in allen Bankengruppen höchste Aufmerksamkeit. Allerdings wird die intensive Tagesarbeit durch mögliche Misstöne in grundsätzlichen Fragen der künftigen Organisationsstruktur ebenso belastet wie von fehlender personeller Klarheit an der Spitze.

Auch für Jochen Sanio waren solche Fragen der Aufgabenverteilung innerhalb der Bankenaufsicht zum Jahresauftakt kein (offizielles) Thema. Die Mitarbeiter seines Hauses sind ebenso wie die der zuständigen Abteilungen in der Bundesbank einfach viel zu sehr mit dem Krisenmanagement rund um die Marktturbulenzen beschäftigt. Dabei macht der BaFin-Präsident unmissverständlich klar, für seinen Verantwortungsbereich in den anstehenden Abschlüssen der Banken, soweit das überhaupt möglich ist, auf eine belastbare Bewertung ihrer Assets anhand einer Portfoliobetrachtung drängen zu wollen. Dass international vergleichbare Bewertungsstandards dabei lediglich eine illusorische Wunschvorstellung sind, spricht er zwar selbst nicht aus, erhebt aber auch keinen energischen Widerspruch gegen diese Vermutung. Man wird in dieser Bilanzperiode deshalb mit der auch von vielen Bankern geäußerten Befürchtung leben müssen, die unterschiedlichen aufsichtsrechtlichen Vorgaben der nationalen Behörden könnten einen gewissen Spielraum bei der Bewertung strukturierter Produkte lassen. Einen Korrekturfaktor darf man sich vielleicht von den international tätigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften erhoffen. Allein schon durch den hausinternen informellen Austausch über ihre weltweiten Prüfungsmandate wirkt ihre Arbeit auf eine gewisse Vergleichbarkeit der Bewertungsansätze hin.

Als einen zentralen Diskussionspunkt aus dem Marktgeschehen der letzten Monate stuft der BaFin-Präsident Moral Hazard ein: „Was muss man eigentlich anstellen, um nicht gerettet zu werden?“ Diese Frage verbindet er klar und eindeutig mit der

dringlichen Forderung nach wirklich abschreckenden Sanktionsmechanismen für die Verantwortlichen. Die Lernfähigkeit des internationalen Finanzsystems wertet er indes als sehr begrenzt und nur wirksam, „wenn etwas höllisch weh tut“. Und folgerichtig mündet diese Erkenntnis in die Feststellung: „Das internationale Finanzsystem braucht Kontrollstrukturen, die es beherrschbar machen.“ Dieses gesunde Misstrauen ihres Präsidenten prägt auch das Konzept einer qualitativen Bankenaufsicht mit ihren vielen weichen Faktoren. Auch hier gilt: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

Finanzmärkte

Schlaue Investoren

Milliardenschwere Abschreibungen, kaum Finanzierungsquellen, Notenbanken in der Klemme zwischen Inflationsgefahren und handfesten Liquiditätsnöten – die gegenwärtige Situation an den Finanzmärkten stellt sich für Banken zwar keineswegs lebensbedrohlich, aber doch alles andere als angenehm dar. Vor allem bei den großen US-Banken und der Schweizer UBS hat die Subprime-Krise tiefere Spuren hinterlassen als viele zunächst anzunehmen wagten. Gute Nachricht Nummer eins: Keines der Institute wird deshalb nachhaltige Probleme haben. Natürlich sind Wertberichtigungen von mehr als 20 Milliarden Dollar auch für eine Citigroup nicht so ohne Weiteres zu verdauen. Doch wer im Jahr 2006 ebenfalls mehr als 20 Milliarden Dollar verdient hat, bricht dadurch nicht zusammen. Zum Vergleich: Im Jahr 2002 musste die Commerzbank einen Konzernverlust von 298 Millionen Euro hinnehmen und verkraftete im dritten Quartal trotzdem das Großreinemachen mit Abschreibungen auf Beteiligungen im Volumen von 2,3 Milliarden Euro.

Gute Nachricht Nummer zwei: Allen Finanzierungsengpässen zum Trotz gelingt es den betroffenen Instituten bislang immer noch – wie damals der Commerzbank auch – mittels Kapitalerhöhung für neue Mittel zu sorgen. Nur sind die Investoren andere geworden. Aktuell nutzen vor allem große ausländische Staatsfonds die Möglichkeit des günstigen und damit lukrativen Einstiegs in die Finanzszene. Verständlich, denn es gibt sicherlich im Moment nur wenig andere Anlagemöglichkeiten, die auf mehrere Jahre begrenzt fast kein Risiko beinhalten und eine sehr auskömmliche Rendite garantieren. Die Banken tun das. Neben der Deutschen Bank haben Staatsfonds vor allem bei Merrill Lynch, Citigroup und UBS investiert. Bei den Schweizern rettete der Fonds aus Singapur damit wahrscheinlich sogar den Kopf von Marcel Ospel. Wen mag es da schon stören, dass bis zum Einstieg des Fonds nur von acht Milliarden Schweizer Franken an notwendigen Berichtigungen die Rede war, plötzlich aber die Summe auf 14 Milliarden Schweizer Franken stieg? Ein solcher Investor will natürlich ein gewisses Risikopolster. Und eine auf zwei Jahre garantierte Rendite von neun Prozent verüßt den Einstieg natürlich auch noch. Mit Blick auf die Stabilität des gesamten Finanzsystems sind die Staatsfonds als Kapitalgeber sicherlich zu begrüßen. Aus Sicht der Altaktionäre gilt das wohl eher nicht, denn diese müssen die Zeche in Form höherer Abschreibungen alleine tragen, während die neuen Investoren an künftigen Gewinnen natürlich voll beteiligt sind.



Hypo Real Estate

Riskante Vertrauensspiele

Hinterher ist man zwar immer schlauer, aber die Arbeit der Abteilung Investor Relations der Hypo Real Estate passt im Zuge der Subprime-Krise so gar nicht zu dem Image, das die erst im Jahr 2003 gegründete und im gleichen Herbst ins Handelsregister eingetragene Bank bisher an den Kapitalmärkten pflegte. Aus der Abspaltung von Teilen des gewerblichen Immobilienfinanzierungsgeschäftes der HVB Group entstanden, präsentierte sich das Institut jederzeit voll in der damals noch relativ frischen IAS/IFRS-Welt verankert. Frei von verborgenen Altlasten konnte bei der Bilanzberichterstattung ohne Vorbehalte offen über den Start und die Bedingungen des Hauses am Markt gesprochen werden. Und im Zweifelsfall hatte man immer den Eindruck, eher ein wenig mehr an Informationen zu erhalten als zwingend gefordert.

Dass diese erfrischende Transparenz im Zuge der Subprime-Krise offensichtlich nicht gegeben war und der Mitte Januar 2008 verkündete Abschreibungsbedarf augenscheinlich ohne jede Vorwarnung an die einschlägigen Kreise öffentlich wurde, machte die Enttäuschung bei Analysten und Anlegern vielleicht doppelt groß. Sicherlich liefert die zumindest unglückliche Kommunikation mit dem Kapitalmarkt einen erheblichen Erklärungsbeitrag zum doch gewaltigen Ausmaß des Kurssturzes der Aktie um gleich 35 Prozent an einem einzigen Börsentag und dem erneuten überproportionalen Misstrauensbeweis im Zuge der allgemein so trüben Kursentwicklung des „Schwarzen Montags“ (21. Januar 2008). Ob es nun die trügerische Hoffnung war, den mit bisher 390 Millionen Euro wirklich nicht so dramatischen Wertberichtigungsbedarf im Rahmen des hauseigenen Neubewertungsprozesses bis zur Veröffentlichung der Zahlen noch glätten beziehungsweise ausgleichen zu können und/oder der sanfte Druck aus Bankenaufsicht und der Wirtschaftsprüfungsszene, die zur Veröffentlichung ohne gebührende Vorbereitung führte, bleibt für die Außenwirkung unerheblich. Bei den großen amerikanischen Investmentbanken, die in den letzten Wochen und Monaten reihenweise Abschreibungen und Verluste in Milliardenhöhe verkündet haben, hat die Veröffentlichung der Zahlen die Märkte letztlich kaum noch erschreckt. Die Lage war vielmehr dank sensibler Investor-Relations-Arbeit häufig schon antizipiert und in den Aktienkursen entsprechend eingepreist. Im Falle der Hypo Real Estate hingegen haben diese elementaren Mechanismen einer professionellen Kommunikation mit dem Kapitalmarkt versagt. Sie haben einen in dieser Höhe unnötigen Kurseinbruch verursacht und Anwälte mit Schadensersatzprozessen auf den Plan gerufen. Es wird viel Zeit und Mühe kosten, das Vertrauen der Anleger und Analysten zurückzugewinnen.

Dass die Vorstandsriege der Hypo Real Estate dann gleich nach dem Kursdesaster nahezu geschlossen Aktien des eigenen Unternehmens gezeichnet hat, kann man ebenfalls ganz unterschiedlich werten. Es lässt sich einerseits sicherlich als ehrenwerte Geste des obersten Managements einstufen, voll an die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit des eigenen Hauses und seines Geschäftsmodells zu glauben. Sollte sich dieser Vertrauensbeweis in das Unternehmen bei einem möglichen Kursanstieg in der Zukunft als glücklicher, weil lukrativer Starttermin dieses neuen Engagements erweisen, dürfte andererseits die Kritik die Zeichner eines Tages

wieder einholen. Die Transaktionen werden dann möglicherweise in eine Kategorie mit Beigeschmack gerückt, vergleichbar etwa mit der von Klaus Zumwinkel beim Einlösen seiner Post-Optionen im Herbst vergangenen Jahres – nur waren deren Auswirkungen sicherer, nämlich gegenüber den Normalzeiten von vorneherein realisierte Gewinne.

Aktionärsstruktur

Ernüchternde Zahlen am „Schwarzen Montag“

Dass das Deutsche Aktieninstitut die aktuellen Zahlen zur Aktionärsstruktur für Deutschland just an dem Tag veröffentlichte, als der hiesige Dax seit den Terroranschlägen auf das World Trade Center seinen schlimmsten Einbruch an einem Börsentag zu verkraften hatte, hat rückblickend betrachtet durchaus etwas Symbolisches. Bei normalen Kursverläufen hätte man die ernüchternde Zahl einer im zweiten Halbjahr 2007 um 13,2 Prozent auf 3,8 Millionen rückläufigen Zahl an direkten Aktienbesitzern vielleicht noch zum wiederholten Mal als gute Basis zur Wende interpretieren dürfen. Doch an einem solchen Punkt war die hiesige Aktionärsstatistik im vergangenen Jahrzehnt schon zu häufig, ohne eindeutig den allgemein erhofften Trend nach oben einschlagen zu können. Wer ungeduldig eine schnelle Annäherung an die Verhältnisse in anderen Ländern erwartet, wird immer wieder enttäuscht.

Im Lichte der Aktienkursentwicklung im Januar dieses Jahres insgesamt und speziell rund um den (Bank-)Feiertag in den USA fällt es derzeit sogar schwer, auch nur kleine ernst zunehmende Hoffnungsschimmer aufzuspüren, die in Deutschland die vergleichsweise mäßige Quote der direkten Aktionäre von 5,8 Prozent der Bevölkerung anheben könnten. Der Höchststand (6,2 Millionen Aktionäre oder 9,7 Prozent der Bevölkerung im Jahre 2000) wird derzeit jedenfalls um 40 Prozent unterschritten. Momentan wird nicht einmal die Marke aus dem Jahre 1992 erreicht. Noch stärker als die Zahl der Aktionäre überhaupt ist dabei in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der Belegschaftsaktionäre zurückgegangen.

Selbst einschließlich der Anleger in Aktien- und gemischten Fonds ist die Lage nicht wirklich erfreulich. Denn auch in dieser weiter gefassten Abgrenzung ist die Zahl der Aktienbesitzer im zweiten Halbjahr 2007 auf 10,1 Millionen geschrumpft (nach 10,5 Millionen in den ersten sechs Monaten 2007). Von diesen 15,6 Prozent der Bevölkerung besaßen 2,2 Millionen ausschließlich Aktien, 6,4 Millionen sind reine Fondsanleger, und 1,6 Millionen sind sowohl in Aktien- beziehungsweise gemischten Fonds als auch direkt in Aktien engagiert. In dieser Gesamtbetrachtung über alle drei Anlageklassen konnte immerhin das Niveau der Jahre 2000 bis 2003 ebenfalls nicht gehalten werden, und seit 2004 mit seinen 10,5 Millionen Aktienbesitzern lässt sich bei gutem Willen eine gewisse Stabilität feststellen. Mäßigen Trost spendet allenfalls der noch längerfristige Rückblick. Im Vergleich zu den Verhältnissen Ende der neunziger Jahre (5,6 beziehungsweise 8,23 Millionen in den Jahren 1997 und 1999) hat sich die Zahl der Aktienbesitzer deutlich erhöht.

Als Grund für die momentane Zurückhaltung der Deutschen bei der Aktienanlage gelten derzeit verständlicherweise die Marktturbulenzen im Zuge der Subprime-Krise. Doch in einer gefestigten Aktienkultur auf beiden Marktseiten lösen solche Einflüsse eigentlich nur die kurzfristigen Schwankungen aus, ohne die langfristigen Bedingungen zu gefährden. Die wahren Ursachen für die mangelnde Aktienkultur liegen tiefer (siehe auch Beitrag Pepler/Wieandt in diesem Heft). Sie spiegeln letztlich die Grundeinstellung der Akteure zum Aktienmarkt wider und lassen sich nur langfristig ändern. Es sind auf der Angebotsseite die relativ starke Bedeutung der Kreditfinanzierung in der deutschen Wirtschaft und auf der Nachfrageseite eine Untergewichtung privater und betrieblicher Altersvorsorge, die ihrerseits wiederum in einem engen Wechselspiel stehen. An internationalen Maßstäben gemessen würde eine wachsende Bedeutung der kapitalgedeckten Altersvorsorge – ohne und erst recht mit staatlicher Förderung – die Aufnahmefähigkeit beziehungsweise den Bedarf an Aktienemissionen am deutschen Markt spürbar erhöhen. Das wäre umgekehrt ein Signal an die Unternehmen, ihren Kapitalbedarf statt über Kredite verstärkt durch Börsengänge zu decken. Richtig in Gang gekommen ist dieser klassische Prozess der gegenseitigen Befruchtung beider Marktseiten allerdings noch nicht.

PS: Über die zeitnahe Markterhebung von Infratest für das zweite Halbjahr 2007 hinaus steht schon seit Mitte Dezember vergangenen Jahres das traditionelle DAI-Factbook zur Verfügung. Das dort veröffentlichte Material an Statistiken, Analysen und Grafiken zu Aktionären, Aktiengesellschaften und Börsen aus verschiedenen Quellen (wie etwa dem Statistischen Bundesamt) gibt einen sehr viel differenzierteren Einblick in all diese Bereiche des Kapitalmarkts, einschließlich der Aktionärsstruktur in vielen Ländern der Welt. Allerdings sind die Daten aus der amtlichen Statistik teilweise nicht ganz so aktuell.

Persönliches

„Turn, Turn, Turn“

Alle, die ihn besser kennen dürfen, konnten durch diesen Auftritt nicht überrascht werden. Für alle anderen war es sicherlich ein wenig ungewöhnlich, wie Karlheinz Bentele bei seinem Abschied als Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes die vergangenen elf Jahre zusammenfasste: Er trat einfach einen Schritt zurück und fing an zu singen – wie bei fast jeder anderen passenden Gelegenheit für Gäste, Freunde oder Kollegen. Pünktlich um elf Uhr erschallte, egal an welchem Wochentag, die Stimme des am Bodensee beheimateten und in Köln sesshaft gewordenen Bentele durch das Telefon mit Happy Birthday, weiß auch Sparkassen-Präsident Haasis zu berichten. Nicht ohne Stolz und Freude – ohne das würde etwas fehlen!

Das Lied, das er sich diesmal in den Rheinterrassen in Düsseldorf aussuchte, fasst dagegen die Situation der Sparkassen nicht nur im Rheinland, sondern im gesamten Bundesgebiet ausdrucksvoll zusammen: „Turn, Turn, Turn“. Es muss Bewegung in die S-Finanzgruppe kommen, um preisaggressiven Wettbewerbern, die Marktanteile an sich reißen, widrigen Rahmenbedingungen mit perma-

nent sinkenden Zinsspannen im Privat- wie Firmenkundengeschäft und ständig neuen Regulierungsbemühungen, die vor allem Verbraucherschutz-getrieben sind, Paroli bieten zu können. Das gelingt mitunter nicht mehr gut genug, auch wenn die ernstesten aktuellen Probleme innerhalb der Gruppe nicht von den vielen Primären, sondern von den großen Landesbanken verursacht werden. Die Mitglieder des von Karlheinz Bentele elf Jahre geführten Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes spüren diese Entwicklungen heftig – allein der immer wiederkehrende Kapitalbedarf der Tochter WestLB zehrt an den Reserven. Im Wettbewerb haben sie allerdings den kleinen Größenvorteil, denn wie in keinem anderen Verband ist der Rheinische von zwar wenigen, aber dafür umso größeren Sparkassen beispielsweise in Köln oder Düsseldorf getragen. Das macht Verbandsarbeit natürlich nicht leichter und ist der große Unterscheid zum Schwesterverband in Westfalen-Lippe, den viele kleine Institute auszeichnen. Der überzeugte SPD-Anhänger Bentele hat den Verband mit seiner Diplomatie, seinem Willen, aber vor allem auch seiner Menschlichkeit geführt – gut geführt.

Drei Landesobmänner erlebte er in dieser Zeit, drei Ministerpräsidenten und auch drei Sparkassenpräsidenten – das ehrliche Lob von zumindest acht von ihnen ist Ausdruck echter Wertschätzung. Lediglich der amtierende NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers zeigte sich trotz des festlichen Rahmens alles andere als in Feierlaune. Das andere Parteibuch von Bentele mag eine Rolle dabei gespielt haben, viel mehr aber die WestLB. Weder Bentele mit dem RSGV noch Rolf Gerlach mit dem WLSGV unterstützen den Politiker nachhaltig bei seinem Versuch, die Landesbank am liebsten zu einem Teil an einen privaten Investor zu veräußern, aber stets die (Landes-)Kontrolle zu behalten. Erneute Milliardenverluste machen das umso schwerer, und selbst eine Fusion mit einer anderen Landesbank wird unwahrscheinlicher, solange nicht endlich, endlich aufgeräumt ist in Düsseldorf.

Mit Karlheinz Bentele verliert die Sparkassen-Organisation zumindest an vorderster Front wieder einen dieser „Typen“ mit Ecken und Kanten, die überhaupt immer seltener werden. Doch eines hat auch er nicht geschafft, die WestLB. Etwas anderes wollte er nicht schaffen – die Fusion mit dem WLSGV. Beides obliegt dem neuen Präsidenten Michael Breuer, wahrlich kein leichter Start.

Glück auf! – so wünscht man es dem einen, Karlheinz Bentele zum Abschied aus dem aktiven Dienst, genauso wie dem anderen, Michael Breuer für all das, was da noch kommen mag.

Presse und Volkswirtschaft

Lieber nicht so viel Macht

In den Unternehmen und Verbänden verschwindet eine klassische Institution: das Ressort „Presse und Volkswirtschaft“. Mit Hartmut Forndran im Deutschen Sparkassen- und Giroverband hat sich soeben einer der Letzten verabschiedet, die beides konnten und durften. Ulrich Ramm lange bei der Commerzbank, Martin Hüfner einst bei der Bayerischen Vereinsbank, Hartmund Hölzer bei der Bayerischen Landesbank, bis zu seinem 70. Geburtstag (!) eine



schier unverzichtbare Größe, sie waren wie Forndran in seiner Hauptkampfszeit unter dem DSGV-Präsidenten Helmut Geiger Repräsentanten einer besonderen Kompetenz. Denn sie hatten eben nicht nur wie die „modernen“ Pressesprecher eine dienende Funktion für das Medienglück ihrer Unternehmen und vor allem ihrer mehr oder weniger öffentlichkeitsfähigen Vorstandssprecher. Sondern als Volkswirte waren sie Wissenschaftler, deren Reputation auf ihrer fundierten Bewertung ökonomischer Fakten beruhte. Sie waren angestellte unabhängige Sachverständige.

Dies ist ein Status, wie ihn derzeit durchaus immer noch die „Chefvolkswirte“ der Unternehmen genießen. Ulrich Kater von der Deka-Bank etwa, Michael Heise von Allianz/Dresdner und natürlich auch Norbert Walter von der Deutschen Bank. Einen solchen Rang dem Unternehmenssprecher mit seiner „Presseabteilung“ zugestehen, passt aber offensichtlich nicht mehr in die Vorstellungen der Vorstände. Sie scheinen aller Entwicklung nach für die unternehmensbezogene Außenwirkung ziemlich austauschbare „Kommunikatoren“ zu bevorzugen, die stets die Unternehmensmeinung ausdrücken und nicht auch eine gelegentlich ganz andere, persönliche pflegen können – als anerkannte Volkswirte. Vorzugsweise zwischen den Kapitalmarktvorständen in den Banken und den Leitern der alten Ressorts „Presse und Volkswirtschaft“ hat es deshalb in der Vergangenheit oft wunderschöne Differenzen gegeben. Denn die Pressevolkswirte konnten etwa ihre Zinsmeinung mühelos in den Pressemitteilungen der Bank publizieren, obwohl die Treasurer mit der ihrigen noch mitten im Geschäft steckten und eine ganz andere Zinsempfehlung bevorzugten. Einen Pressesprecher auszuhalten, der als Wissenschaftler stolz darauf sein darf, die Konjunktur besser, genauer zu prognostizieren als sein Vorstand – das passt wohl heute nicht mehr in die Corporate Identity.

Hartmut Forndran, den DSGV-Vorstand Werner Netzel und Professor Erich Priewasser gerade in Bonn fein verabschiedeten, hat den Sparkassen fast ein Vierteljahrhundert ein gutes Gesicht gegeben: als wirtschaftspolitischen Berater, Pressesprecher, Leiter der marktnahen Kommunikation, Expobeauftragter, Vorstand der Wissenschaftsförderung und manchem darüber hinaus. Die Kreditwesen-Redaktion sagt Dankeschön. K.O.

Währungen

Ein Diamant mit Namen Pula

Afrikas Länder stehen oft für Chaos und Schrecken – doch es gibt auch glanzvolle Beispiele des Gegenteils. Botswana, geografisch eingebettet zwischen Namibia, Südafrika, Simbabwe und Sambia ist eines davon. Das seit 1966 unabhängige Land mit seinen 1,8 Millionen Einwohnern ist karg, doch sein Boden birgt gewaltige Schätze: Ein Drittel der Weltproduktion an Schmuckdiamanten, das sind nicht weniger als 30 Millionen Karat jährlich, exportiert der Staat, der sich freilich der Tatsache der hohen Verwundbarkeit dieser quasi Monokultur bewusst ist. Man setzt energisch auf Diversifikation, zumal die georteten und auch ausgebeuteten Vorkommen von Kupfer, Nickel, Gold oder Kohle reichlich vorhanden sind. Auch der Tourismus, der derzeit mit vier Prozent zum BIP beiträgt, soll auf rund zehn Prozent ausgeweitet werden.

Im Gegensatz zu vielen anderen Staaten Afrikas werden die Exporteinnahmen – drei Viertel entfallen auf Diamanten – zum Ausbau der Infrastruktur verwendet. Davon zeugt bereits ein brauchbares Straßennetz, und das Gesundheitssystem sowie die Wasserversorgung stehen jedem Bürger zur Verfügung. Es ist also kein Wunder, wenn die Landeswährung Pula (gleich 100 Thebe) bemerkenswert stabil ist, zumal Botswana seit vielen Jahren mit einem Überschuss im Haushalt aufwarten kann und die Devisenreserven, die Ende 2000 noch bei 6,32 Milliarden US-Dollar gelegen hatten, bis Ende 2006 auf 7,99 Milliarden US-Dollar gestiegen sind und Ende 2007 gut zehn Milliarden US-Dollar erreicht haben dürften.

Der Pula zeigt das getreue Spiegelbild dieser überaus vorteilhaften Entwicklung, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass er an einen Währungskorb mit Schwerpunkt südafrikanischer Rand (60 Prozent) gebunden ist und sich einem Crawling-Peg-Mechanismus unterworfen hat, der ihm nicht zuletzt die leichte Abwertung des Rand aufzwingt und nicht vor den manchmal erratischen Bewegungen des Dollarkurses schützt. Ansonsten bietet die Landeswährung ein Bild nachahmungswerter Stabilität: Ende 2000 mussten 5,36 Pula für einen Dollar gezahlt werden, 2003 waren es 4,44 Pula und im September 2007 immerhin 6,06 Pula. Ende vergangenen Jahres dürften es im Schlepptau einer Relation von 7,09 Rand je Dollar etwa 6,20 Pula gewesen sein. Für das laufende Jahr 2008 sagen die Auguren einen Rand/US-Dollar-Kurs von 7,70 voraus beziehungsweise einen Wert des Pula gegenüber der US-Währung von 6,43.

Notabene: Botswana ist seit dem Jahr 1976 nicht mehr Teil des CMA (Common Monetary Area), dem Lesotho, Swaziland und Namibia angehören. Diese Eigenständigkeit macht einen hohen Grad von Liberalität am eigenen Finanzmarkt möglich. So können Einheimische wie Nichtansässige bei den Banken des Landes Fremdwährungskonten eröffnen und diese auch im Ausland benutzen. Ausländer haben kein Problem, den Pula ohne Einschränkungen in Fremdwährungen zu tauschen. Botswana, eine präsidentiale Republik mit einem Mehrparteiensystem, fährt gut damit, wie überhaupt die Wirtschaft seit Jahren bestens floriert. Das Bruttoinlandsprodukt war im Jahre 2000 um 6,2 Prozent gewachsen, 2005 um 8,2 Prozent und dürfte auch 2007 ein Plus von etwa sechs Prozent erreicht haben. Das reale Bruttoinlandsprodukt erhöht sich voraussichtlich im Zeitraum 2008/09 (Juli/Juni) um 4,4 Prozent und sollte nach den Voraussagen 2009/10 sogar plus 4,7 Prozent erreichen.

Dies alles spielt sich vor dem Hintergrund einer Leistungsbilanz ab, die laut Prognosen im laufenden Jahr 2008 gut 15,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beisteuern dürfte und im kommenden Jahr 2009 auch etwa 14,6 Prozent. Für einen Schönheitsfehler sorgt indessen die Geldentwertung, die im Durchschnitt des vergangenen Jahres 7,2 Prozent betragen hatte, 2008 aber auf 6,8 Prozent und 2009 weiter auf 5,8 Prozent sinken sollte. Auf der anderen Seite stehen die Importe in einem sehr gesunden Verhältnis zu den entsprechenden Einfuhren. Im Jahre 2000 hatte die Einfuhr von Gütern 1,77 Milliarden US-Dollar ausgemacht und 2006 dann 2,62 Milliarden US-Dollar. Die Exporte erreichten in der gleichen Zeit 2,68 beziehungsweise 4,52 Milliarden US-Dollar. Könnte man ganz Afrika so gestalten wie Botswana, dann wären die bewussten Gestade der Seligen erreicht. OS.